

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

Schriftleitung und Verlag
Tübingen, Uhlandstraße 2
Fernruf: 2141/42/43
Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr. -
Kreisausgaben für Tübingen, Freudenstadt, Balingen, Heddingen, Mönningen, Rottlingen, Horb, Calw und Tübingen a. N.

Einzelpreis 20 Pfennig
monatlicher Bezugspreis
durch Träger 1.50 RM.
durch die Post 1.74 RM.
Anzeigenpreis: Gesamt-
ausgabe 1.20 RM., Kreis-
ausgabe 0.40 RM. je mm
Chiffregebühr 1.- RM.
Erscheinungstage:
Dienstag und Freitag

C H o B H g T M R T b l

2. Jahrgang

Dienstag, den 16. Juli 1946

Nummer 56

Politischer Instinkt

Der französische Ministerpräsident Bidault hat in seiner großen Rede über das deutsche Problem auf der Pariser Außenministerkonferenz nicht ohne Grund gesagt, es wäre eine Illusion, wenn man annehmen wollte, daß nach Aufhebung der Besetzung die eingeleitete Demokratisierung Deutschlands ohne weiteres fortgeschritten würde. Es wären dann Rückschlüsse in frühere Fehler zu befürchten.

Wie man uns in Amerika heute beurteilt, darüber berichtet Hans Habe in seinem ersten „Brief nach Deutschland“, den er als früherer Chefredakteur und lebender Korrespondent der „Neuen Zeitung“ in München geschrieben hat. Habe hat, wie er schreibt, in den letzten sechs Wochen drüber mit Staatsmännern und Landbesitzern, Hotelportiers und Bankdirektoren, Diplomaten und Briefträgern über Deutschland gesprochen. Es wird lange dauern, so sagt er, ehe Deutschland das Vertrauen Amerikas wieder gewinnen wird, und es scheint ihm nicht, daß man die Gründe dafür in Deutschland erkennt. Habe gibt uns deshalb eine Reihe guter Ratsschläge, die wir nicht übersehen sollten.

Er empfiehlt uns, Institutionen zu schaffen, die der Welt zeigen, daß wir den Willen haben, einen neuen Weg zu beschreiten. Es würde einen tiefen Eindruck in Amerika hervorrufen, wenn man hörte, daß deutsche Politiker und Rechtsgelehrte an einer Verfassung arbeiten, die einen neuen föderalen Code der Menschenrechte für Deutschland etabliert. Statt dessen hört man nur, daß Politiker und Rechtsgelehrte bemüht sind, für die Fehler der Vergangenheit mehr oder minder geschickte Entschuldigungen zu formulieren.

Ferner vermißt man eine positive deutsche Friedenspolitik. Man solle in Deutschland aufhören, Hoffnungen aus den Reinigungsordenheiten der östlichen und westlichen Welt zu schöpfen, und dafür lieber immer wieder offiziell und inoffiziell erklären, daß Deutschland keine Zukunft als friedlicher Staat inmitten einer friedlichen Welt sucht. Dem nüchtern denkenden Amerikaner drehe sich der Magen um, wenn er aus Deutschland die dauernden Behauptungen des Selbstbarmherzigen vernimmt. Die Amerikaner haben zwar Harbourn als die größte nationale Katastrophe ihrer Geschichte betrachtet und hilflos weinend gelacht, aber seine Träne vergossen. Es würde ihnen, sagt Habe, daher mehr imponieren, wenn das neue Deutschland dauernd Verlangen nach Regierungen, landwirtschaftlichen Maschinen, Kunstbärgen, Traktoren und Kranen hätte, anstatt permanent die erlittenen Wunden zur Schau zu stellen. Das Verlangen nach dem Handwerkszeug des Aufbaues werde Deutschland auch dann nützen, wenn dieses Handwerkszeug nicht morgen geliefert werde. „Was Deutschland (kocht), ist die fortgesetzte Präsentation eines tragischen Kontos, das niemand begleichen wird.“

Gemäß spreche man in Amerika nicht ohne Sympathie von manchen Erscheinungen des deutschen Lebens, vor allem von der deutschen Sauberkeit und dem deutschen Fleiß. Aber, mahnt uns Habes Brief am Schluß, wir sollten neben den natürlichen Eigenschaften eine Eigenschaft entwickeln, die uns bisher gefehlt habe: Instinkt für Politik. Denn ohne das Bestreben sich der Gedankenwelt anderer Nationen anzupassen, werde es nicht gehen.

Leider, muß man hinzufügen, ist Instinkt etwas, was man nicht lernen kann.

Der französische Nationalfeiertag

Paris. Aus Anlaß des französischen Nationalfeiertages fand eine große Militärparade statt, die von Ministerpräsident Bidault abgenommen wurde. Unter den vielen Ehren Gästen waren die Botschafter Amerikas, Englands und Russlands. Winston Churchill hielt in Rom auf einem Staatsbankett eine Rede in französischer Sprache. Er erklärte, daß England und Frankreich auch weiterhin zusammenstehen müßten, nachdem sie in den letzten vierzig Jahren Seite an Seite gekämpft hätten. Ohne ein starkes Frankreich sei eine europäische Wiedergeburt nicht denkbar.

Kleine Weltchronik

Die Europakonferenz der Widerstandsbewegungen hat die vollständige Einmündigung Deutschlands und die Beilegung des Spaniens gefordert. Das italienische Kabinett ist durch de Nicola auf die Republik vereidigt worden. Der britische Botschafter und Energieminister hat die Verstaatlichung der britischen Elektrizitätswerke bekanntgegeben. Das neue tschechoslowakische Kabinett hat die Einmündigung des Vertrauens der Nationalversammlung erhalten. Der ehemalige jugoslawische Ministerpräsident Tschedomir Draskowitsch ist zum Tode durch Erschießen verurteilt worden. Das neue rumänische Wahlgesetz erteilt den Frauen das Wahlrecht. Am kommenden Sonntag sind Wahlen in der Türkei. Bei den Präsidentschaftswahlen in Mexiko hat der Kandidat der Regierungspartei, Aleman, die Mehrheit erhalten. Auf Veranlassung von Gandhi Nehru bekräftigen sich auch die Sikhs an den Wahlen zur indischen verfassunggebenden Versammlung. Die englische Unterhausdebatte über Indien ist auf Oktober verschoben worden. Die Ernennung eines neuen HSH-Botschafters für China wird als Anzeichen für das Scheitern der Mission des Generals Roskill angesehen. Durch das japanische Bodenreformgesetz gehen 70 Prozent des Bodens in den Besitz der bisherigen Pächter über.

Lösung der deutschen Frage verschoben

Zusammenkunft der Außenminister in Paris abgeschlossen

Die zweite Zusammenkunft der vier Außenminister in Paris ist nach vierwöchiger Dauer am Samstag beendet worden. Die Verhandlungen waren „vom Geist der Verständigung getragen“ und haben in einigen Punkten zu einer Einigung geführt: über Triest, die italienischen Kolonien, die italienischen Reparationen sowie die französisch-italienischen Grenzfragen.

Ausführlich ist in den letzten Sitzungen das deutsche Problem behandelt worden. Auf Anregung Molotoms soll nach der Sitzung der UN im Herbst dieses Jahres eine Sonderkonferenz über die deutsche Frage abgehalten werden. Der genaue Zeitpunkt dieser Besprechung liegt noch nicht fest. Auf russischen Vorschlag soll auch eine Kommission zur Nachprüfung der deutschen Währungsfrage eingesetzt werden.

In Tokio war seinerzeit auf russischen Vorschlag beschlossen worden, als spätere Verhandlungsbasis für die von Deutschland zu zahlenden Reparationen insgesamt 20 Milliarden Dollar ins Auge zu fassen, von denen Rußland die Hälfte erhalten solle. In der Aussprache hierüber berechnete der amerikanische Außenminister Burnes die Werte, die die Russen in Königsberg sicherstellen konnten, auf 2 1/2 Milliarden Dollar, und diejenigen in den Ostseeboten Polens auf 1 1/2 Milliarden Dollar. Molotom erklärte dagegen, daß sein Land als Vorschlag auf die Reparationen bisher nur 31,5 Prozent von dem erhalten habe, was ihm zustehe.

Die wichtige Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands lag einem Vorschlag Burnes zurunde, die einheimischen Produktionsmittel in Zukunft über alle vier Zonen gleichmäßig zu verteilen und Rohstoffüberschüsse der einzelnen Zonen zur Deckung des Bedarfs in anderen Zonen zu verwenden. Einmalige Überschüsse der Produktion sollten erst dann zu Reparationsleistungen verwendet werden, wenn kein Zahlungsmittel in irgendeiner Zone mehr vorhanden sei.

Auch der amerikanische Außenminister Burnes trat in einem Plan, den er als „letzte Auffahrt“ bezeichnete, für eine teilweise Verschmelzung der deutschen Besatzungszonen ein, so daß mindestens

der Austausch von Gütern, Nachrichten und „auch von Ideen“ erfolgen könne.

Sowohl Burnes als Molotom äußerten sich im Laufe der Aussprache über den Charakter des mit Deutschland abzuschließenden Friedens. Burnes erklärte, daß die Vereinigten Staaten Deutschland keinen Vergeltungsfrieden aufzwingen wollen. Sie seien der Ansicht, daß die wirtschaftliche Wiedergeburt Deutschlands für diejenige ganz Europas notwendig ist, doch könne die Wiedergeburt Deutschlands erst nach dem Wiederaufstieg derjenigen Länder erfolgen, die von ihm verweigert worden sind. Auch der russische Außenminister Molotom hob hervor, der Geist der Rache habe sich als schlechtes Bindeglied zwischen den Völkern erwiesen. Deutschland könne mit Rücksicht auf seine hochentwickelte Industrie unmöglich in ein Agrarland zurückverwandelt werden. Er empfiehlt die baldige Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung als Vorläufer für eine Zentralregierung. Erst dann könne der Friedensvertrag mit Deutschland erörtert werden.

Burnes ist damit einverstanden, daß das Saargebiet unter französischer Verwaltung bleibt, bis die endgültigen deutschen Westgrenzen festgelegt sind.

Auf Vorschlag Bidaults soll ein Ausschuss von Fachleuten bis zum 10. August Vorschläge über Maßnahmen zur Erhöhung der deutschen Kohlenproduktion und über die Verteilung der deutschen Kohle machen.

Die Stellvertreter der Außenminister werden in Paris bleiben und die Entwürfe für die Friedensverträge mit den Balkanländern weiter vorbereiten.

Frankfurt. McArney hat in einer Pressekonferenz über die amerikanische Politik gesprochen, die politische Dezentralisation, oder wirtschaftliche Einheit für Deutschland erstrebe. Die Ausübung der Macht müsse den Ländern vorbehalten bleiben, von denen möglichst viele Begünstigte auf die Kreise und die Gemeinden übertragen werden sollten. Nur in besonderen Fällen solle die Bundesregierung eingreifen dürfen.

La Guardia will Heimatlose ansiedeln

Vorschläge zur Lösung der europäischen Flüchtlingsfrage

Washington. Der Generaldirektor der UNRRA, La Guardia, wird in diesen Tagen die Vereinigten Staaten verlassen und alle europäischen Länder besuchen, die von der UNRRA betreut werden. Nach Beendigung der Tagung der UNRRA in Rom will La Guardia einige Lager von Verschleppten besuchen, um an Ort und Stelle Einblick in die Lage zu gewinnen.

La Guardia beschäftigt sich sehr ernsthaft mit dem Flüchtlingsproblem in Europa. In einem Aufruf an die alliierten Nationen legt er, die Flüchtlingsfrage müsse innerhalb eines Jahres gelöst sein. In einem Schreiben an den amerikanischen Außenminister Burnes schlägt er vor, die Vereinigten Staaten sollten für eine begrenzte Zeit Spanne und unbenutzte geliebte größere Einmündigungsquoten für die Zulassung von Heimatlosen aus Europa freigeben, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Staats- und Volkszugehörigkeit.

In Deutschland könnten die vielen Flüchtlinge aus dem Osten (La Guardia denkt hier in erster Linie wohl an die in Deutschland lebenden Angehörigen der baltischen Länder aber auch der anderen Ostgebiete) nicht verbleiben. Es müßte eine neue Heimat für sie gefunden werden, damit sie die Möglichkeit nahbringender Arbeit haben und sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Die Vereinigten Staaten könnten im Rahmen ihrer Einmündigungsquoten noch 120 000 Personen aufnehmen; andere Staaten hätten sich ebenfalls bereit erklärt, an einem Programm zur Ansiedlung Heimatloser teilzunehmen, z. B. Brasilien, das

monatlich 10 000 Einwanderer zuzulassen und die Dauer eines Jahres aufnehmen würde. Andere südamerikanische Staaten haben ähnliche Pläne.

Die UNRRA hat durch die Rückführung von 630 000 Flüchtlingen aus Mitteleuropa und Italien in ihre Heimatstaaten bisher einen großen Beitrag zur Lösung der Flüchtlingsfrage geleistet. Es wäre erfreulich, wenn der neue Aufruf La Guardias auf fruchtbaren Boden fallen würde. Eine amerikanische Ansiedlung europäischer Flüchtlinge und Heimatloser aus den Ostgebieten, darunter auch weitestens Deutsche zu verlegen sind — La Guardia spricht ja davon, daß auf Staats- und Volkszugehörigkeit keine Rücksicht genommen werden sollte — würde auch das deutsche Flüchtlingsproblem leichter lösen helfen.

Das Palästina Problem

Jerusalem. Dr. Chaim Weizmann, der Führer der Zionisten, betrachtet eine Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat als eine mögliche Lösung. Der größte Teil der öffentlichen Meinung und viele Juden befürworten eine solche Lösung des Problems. Weizmann kritisierte die britische Politikspolitik im Nahen Osten. Während der Großmufti von Jerusalem, der mit den Nazis zusammenarbeitet habe, in einem Palast in Alexandria lebe, sei Moshe Shertok, der Mann, der eine Armee von 25 000 Juden für Großbritannien aufgestellt habe, bei der letzten Großkajalla der Engländer festgenommen worden.

Der französische Nationalfeiertag in Tübingen



Das Fest des 14. Juli ist in Tübingen feierlich begangen worden. Eine Parade vor den französischen Militär- und Verwaltungsbehörden sowie vor zahlreichen amerikanischen Offizieren zeigte Einheiten der Infanterie, der Panzertruppe, der Artillerie und der Gendarmerie, die in der Umgebung der Stadt stationiert sind.

Die Sozialversicherung

Von Richard Buhle

Die Frage, was aus der deutschen Sozialversicherung werden soll, ist ohne Zweifel ein schwieriges Kapitel.

Eine Änderung des bestehenden Systems ist unvermeidlich. Vor allem sollte der Zerfall der Versicherung (Krankenkassen, Angehörigen-, Invaliden-Versicherung, Berufsgenossenschaften) ein größtmögliches Ende bereitet werden. Sonderinteressen haben dabei auszuscheiden. Daß jeder Beruf solche hat, ist verständlich. Braucht man dazu aber wirklich getrennte Versicherungsarten mit großen Beamtenkörpern?

Anzustreben ist eine einzige Volksschutzversicherung, die alle bisherigen Versicherungszweige umfaßt, mit einer obersten Behörde als letzter Instanz. Diese ist nötig. Die bestehenden Landesversicherungsanstalten verfügen über die Rentenverteilung und üben die Kontrolle aus. Bei einer solchen einzigen Volksschutzversicherung hätten alle Streitigkeiten der Behörden untereinander ein Ende. Für die heimkehrenden Soldaten und sonstigen Kriegssopfer, die an den Bettelstab gekommen sind, müßten Sonderbestimmungen getroffen werden.

Die Landesversicherungsanstalten müssen das alleinige Verfügungsrecht haben. Eine Übertragung der Rentenfestlegung etwa an Kreisbehörden ist zu vermeiden; denn dann wäre von einer Einheitsleistung keine Rede. Die Anträge bearbeitet die Ortsbehörde des Aufenthaltsorts wie früher und legt diese direkt der Landesversicherungsanstalt vor.

Eine Berufungsinstanz muß es aber geben, denn Irrtümer kommen überall vor. Die Anklagen — auch ärztliche — können grundsätzlich sein, wie das auch früher oft genug der Fall war. Nur ein einziges Beispiel: Ein Soldat wurde trotz Berufung beider Hände nicht für invalid, sondern für versicherungspflichtig erklärt. Also für weniger als 66% Prozent erwerbsbehindert. Wenn er Angestellter gewesen wäre, hätte er wohl als berufsunfähig (50 Prozent) gelten müssen.

Wo zu welchem Jahreseinkommen Versicherungspflicht besteht, soll? Bei einer Volksschutzversicherung, die alle Einkommen ohne Ausnahme erfaßt, erübrigt sich diese Frage. Befreiungen gäbe es dann natürlich nicht. Nur wer bereits Rente bezieht, ist versicherungsfrei. Streift darüber, ob Versicherungspflicht überhaupt besteht, könnte es kaum geben.

Eine Umwandlungssumme von 500 Beitragsmonaten dürfte genügen. Ein Erlöschen der Umwandlung nach Zurücklegung dieser Wertesumme sollte es nicht geben. Zinsen kommen der Allgemeinheit zugute.

Wo eigentlich Angestellten- und Invalidenversicherung getrennt? Bis zum 1. Januar 1923 gehörten die versicherungspflichtigen Angestellten auch noch der Invalidenversicherung an (Doppelversicherung). In der Angestelltenversicherung genügt bis heute zum Rentenbezug eine 50prozentige Erwerbsbehinderung, in der Invalidenversicherung muß diese aber 66% Prozent betragen. Welcher Arzt kann denn noch 16% Prozent feststellen? Ist ein solcher Unterschied überhaupt gerecht zu nennen?

Eine Altersgrenze von 60, höchstens 65 Jahren für den Anspruch auf eine Altersrente dürfte zweckentsprechend sein. 70 ist zu hoch.

Die freiwillig Versicherten, unähnlich Beschäftigten usw. bleiben bis vor kurzem ihre Marken selbst und damit war die Sache erledigt. Heute müssen sie zur Krankenkasse, ihre Beiträge dort bezahlen. Beamte müssen Quittungen ausstellen und sich mit der Kasse befassen. Doch wohl ein unläudliches Verfahren. Das Markenleben durch den Versicherten war einfacher. Früher zogen auch viele Krankenkassen die Invalidenversicherung ein (Doppelversicherung). In der Invalidenversicherung genügt bis heute zum Rentenbezug eine 50prozentige Erwerbsbehinderung, in der Invalidenversicherung muß diese aber 66% Prozent betragen. Welcher Arzt kann denn noch 16% Prozent feststellen? Ist ein solcher Unterschied überhaupt gerecht zu nennen?

Nun gibt es auch eine große Zahl von Berufsangehörigen, die wieder eine besondere Versicherungsart darstellen. Muß das sein? Auch diese Genossenschaften könnten einer allgemeinen Volksschutzversicherung eingegliedert werden, und ein großer Verwaltungsaufwand würde wegfallen. Hier könnte man einwenden, die Gefahrenklassen seien doch sehr unterschiedlich. Das ist richtig. Braucht man dazu aber getrennte selbständige Beamtenkörper? Da genügen doch einzelne Abteilungen bei einer Behörde der Landesversicherungsanstalt, wie sie bei vielen Behörden heute schon bestehen. Betriebe wie Bergwerke, Eisenbahnen usw. müßten eben höhere Beiträge leisten als etwa ein Bauer oder Uhrmacher.

Streitereien darüber, zu welcher Genossenschaft ein mehrteiliger kleiner Betrieb gehört, könnte es nun nicht mehr geben. Auch nicht darüber, ob die den Anspruch begründende Erwerbsbehinderung (Invalidität) allein auf den Unfall zurückzuführen ist.

Wie ist die Beitragsleistung am besten anzulegen, bedarf besonderer Erörterung. Früher wurden für die Pflichtversicherung der Angestellten- und Invalidenversicherung Marken gestellt. Entschieden die einfache und übersichtliche Beitragsentrichtung Arbeitgeber und Versicherter hatten die Quittungsarten in der Hand konnten daraus alles ersehen und die Anspruchnahme von Versicherungsstellen erleichtert. Die Post hatte durch den Markenverkauf die für die Rentenauszahlungen nötigen Gelder meist unmittelbar zur Hand. Auch die Kontrolle war sehr einfach. Sie ließe sich noch einfacher gestalten, wenn sie von einer einzelnen Behörde (nicht von mehreren) ausgeübt würde.

Meines Wissens ist bisher noch nie erörtert worden, ob nicht der Steuerbehörde die Erhebung der Sozialversicherungsbeiträge übertragen werden könnte. Bei einer Volksschutzversicherung, der alle Deutschen, die ein Einkommen haben, zwangswegig angehören, müßte es doch ge-

Sozialdemokratie und Klassenkampf

Klassenkampf ist eine Tatsache, ein Stück Wirklichkeit

Er ist da, ob man ihn will oder nicht, ob man ihn anerkennt oder leugnet, ob man über ihn diskutiert oder ob man ihn verfluchen will. Karl Marx und eine große Zahl bedeutender Wissenschaftler nach ihm haben den Klassenkampf erkannt, haben ihn überall in der Geschichte nachgewiesen, vor allem dort, wo er verheimlicht werden sollte. Sie haben festgestellt, daß Klassenkampf notwendig überall dort herrscht, wo es wirtschaftliche Ungleichheit, also Klassen gibt, daß er nur überwunden werden kann, wo die wirtschaftliche Ungleichheit im wesentlichen verschwindet, wo es also keine Klassen mehr gibt. In Frage steht also nicht der Klassenkampf, sondern die Art und Weise, nach der man ihn austragen, nach der man ihn überwinden will. Es ist demnach unrichtig, die Gegner des Marxismus behaupten, Marx predigte den Klassenkampf.

Der Klassenkampf braucht nicht gepredigt zu werden

Er wird immer und überall geführt, wo es Klassen gibt, am schärfsten von denen, die behaupten, daß ihn nicht, die ihn heimlich und unter der Decke führen wollen. Die marxistischen Parteien predigen also nicht den Klassenkampf, sie predigen vielmehr seine Überwindung.

Wie ist es mit der Diktatur des Proletariats?

Die ursprüngliche Methode der Überwindung des Klassenkampfes, wie sie Karl Marx gelehrt hat, ist die Diktatur des Proletariats. Sie geht davon aus, daß das Proletariat die einzige Klasse ist, die wirklich an der Überwindung des Klassenkampfes interessiert ist. Alle anderen Mittelstände der Gesellschaft sind an seinem Fortbestehen interessiert, da er die Voraussetzung ihres Profits ist. Das Proletariat war zu der Zeit, da Karl Marx lebte, eine Minderheit. Es konnte also nicht auf demokratischem Wege zur Macht kommen, es mußte sie vielmehr durch die Revolution erobern und als Diktatur ausüben. Eine Minderheit des Proletariats im Staate vor der Revolution kam für Karl Marx also nicht in Frage, sie hätte seinen revolutionären Schwung gelähmt, seinen Willen zur totalen Macht gebrochen. Diese Methode des Klassenkampfes wird noch heute — mit gewissen Abwandlungen — von der kommunistischen Partei vertreten.

Heute führen andere Methoden zum Erfolg

Demgegenüber steht die Sozialdemokratie da, die, daß der Klassenkampf heute mit anderen Fronten als zur Zeit von Karl Marx geführt werden muß, weil die Klassen sich in ihrem Bestand seitler verändert haben. Die Sozialdemokratie hält also nicht doornatisch an den Ergebnissen von Karl Marx fest, sondern bedient sich seiner Methoden.

Größe Teile des deutschen Volkes proletarisieren

Zwei Weltkriege und zahllose Krisen der kapitalistischen Wirtschaft haben weite Kreise des Kleinbürgertums und des Mittelstandes, die Mehrheit der kleinen und mittleren Bauern und der Selbstarbeiter tatsächlich proletarisieren, d. h. zu Menschen gemacht, die nicht von ihrem Besitz, sondern ausschließlich von ihrer täglichen Arbeit leben. Im Gegensatz zum Klassenbewußtsein der Arbeiter haben sie jedoch ihre tatsächliche Lage und damit ihre Frontstellung im Klassenkampf noch nicht erkannt. Viele von ihnen sind, durch kapitalistische Ideologien verblendet, noch immer der Meinung, der Arbeiter sei ihr Klassenfeind. Sie sehen noch nicht, daß sie zur Front der Arbeiter gehören, daß sie dieselben wirtschaftlichen Schicksal teilen, daß sie dieselben Feinde haben wie die Arbeiterklasse: Großindustrie, Finanzkapital, Großgrundbesitz. Dabei handelt es sich in Deutschland selbst heute in erster Linie um den Großgrundbesitz, der als einziger Teil des Volkes den Krieg ohne nennenswerte Schäden überstanden hat. Das internationale Finanzkapital und die internationale Großindustrie wirken vom Ausland her als Klassenfeind gegen die deutsche Arbeiterklasse.)

Solidarität aller Schaffenden führt durch Demokratie zum Ziel

Die Sozialdemokratie sieht ihre Aufgabe also darin die Solidarität der Arbeiterklasse und des Mittelstandes, des Kleinbürgertums und der Kleinbauernschaft zu wecken, sie alle ihrer gemeinsamen Klassenlage und klar deutlich bewußt zu machen und eine gemeinsame Front im Klassenkampf zu schaffen. Eine solche Front kann infolge ihrer Stärke auf Diktatur und Revolution verzichten und ihre Kräfte auf dem Wege der Demokratie zur Geltung bringen. Sie braucht auch nicht jede Minderheit im Staate abzulehnen, sie kann vielmehr schon heute an der Gestaltung des Staates mitwirken. Sie kann darangehen, Stützpunkte für die Kapitalisten zu erringen, die zum Umsturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und zur Überwindung des Klassenkampfes notwendig sind.

Ein Kampf mit geistigen Mitteln

Der Klassenkampf, den die Sozialdemokratie heute in Deutschland führen muß, ist also in erster Linie ein geistiger Kampf, ein Kampf gegen Vorurteile und Ideologien, die das Kleinbürgertum und die Kleinbauernschaft, den Mittelstand und die Selbstarbeiter hindern, ihre wirkliche Lage zu sehen und ihre richtige Front zu beziehen. Als solche Ideologie mißbraucht der Kapitalismus nach wie vor den christlichen Glauben. Er versucht alles mögliche, weite Kreise des Volkes in einen Gemischenskonflikt zwischen ihrem christlichen Bekenntnis und ihrem Klassenbewußtsein zu führen, indem er ihnen eintrudelt, Christentum und Klassenkampf seien unvereinbar. Er verheimlicht ihnen dabei, daß das Christentum nicht den Klassenkampf, sondern seine Ursache das Vorhandensein von Klassen, und seinen Urheber, den Kapitalismus, bekämpft. Er verheimlicht auch, daß die Überwindung des Klassenkampfes ein Ziel ist, das vom Christentum und vom Sozialismus in gleicher Weise gewollt wird.

Klassenkampf dem internationalen Kapitalismus

Härter als der Klassenkampf innerhalb Deutschlands ist der Klassenkampf, den die deutsche Arbeiterklasse heute gegen den internationalen Kapitalismus außerhalb Deutschlands führen muß. Die Sozialdemokratie ist entschlossen, den deutschen Arbeiter, Kleinbürger und Kleinbauern gegen die Ausbeutung durch das internationale Privat- und Staatskapital zu verteidigen. Die deutschen Ar-

beiter können sich selbstverständlich der Mitverantwortung für das Unheil, das Hitler über die Welt gebracht hat, nicht entziehen, sie müssen an der Wiedergutmachung der Folgen des Krieges an den ausländischen Bauern und Arbeitern mitwirken. Sie sind aber nicht verpflichtet, die Taten der ausländischen Kapitalisten zu füllen, die an diesem Kriege nichts als verdient haben und die jetzt die Gelegenheit nützen, am Frieden zu verdienen. Viele von ihnen haben während der Besetzung durch deutsche Truppen am Geschäft mit Hitler nicht weniger verdient als zuvor an ihren eigenen Regierungen, und sie haben es immer auf Kosten der Arbeiter ihres Landes. Die Sozialdemokratie ruft in diesem Kampf nicht nur die Hilfe der internationalen Arbeiterklasse auf, sondern diese Mithilfe liegt auch im eigenen Interesse des Arbeiters im Auslande. Denn es kann kein Vorteil für die Arbeiter des Auslandes sein, wenn sich ihre Ausbeuter auf Kosten des deutschen Arbeiters bereichern.

Kein Verzicht auf den Klassenkampf — aber demokratische Methoden

Die Sozialdemokratie verzichtet demnach an keinem Punkte auf den Klassenkampf, sie kann gar nicht auf ihn verzichten, solange es Klassen gibt, solange wirtschaftlich Stärkere die wirtschaftlich Schwächeren ausbeuten, sie will den Klassenkampf aber mit veränderten Fronten und mit demokratischen Mitteln führen. Sie hält diesen Weg für erfolgversprechend, ja, sie hält ihn für den einzigen, der durch die Überwindung des Klassenkampfes zu einer besseren Weltordnung, durch eine bessere Weltordnung zu einem menschenwürdigen Dasein für die ganze Menschheit führen kann. Dr. R.

Bauern und Arbeiter

Von Ernst Brossat, Mitglied des Ortsausschusses der KP., Tübingen

Dit ist gesagt worden, doch nie war es so richtig: Bauern und Arbeiter sind aufeinander angewiesen. Sie sind dazu berufen, zusammen mit der werktätigen Intelligenz die tragenden Säulen unseres Neuaufbaus zu werden. Die mittelalterliche anmutende gegenseitige Abkapelung in „Rohrhand“ und „Arbeiterturn“, zu denen noch der festsitzende und ewig krietschüsterne „Behrstand“ hinzukam, wollen wir nicht mehr. Sie diente durch die Spaltung nur der Beherrschung des Volkes, damit die jeweils herrschende Schicht oder, wie schon Ulrich von Hutten (1488—1523) sagte, „das Raubtier ungehindert seine Beute verzehren konnte“. Unsere nationale Katastrophe hat ihren Ursprung in diesem System der Herren und Knechte. Unter Hitler erreichte es seinen trübseligen Ausbruch.

Der Hauptträger dieses reaktionären, für das Volk so schädlichen Systems war eine bestimmte reaktionäre Klasse: ostfälische Junker, die Barone, Grafen und Fürsten, mit den Königen und Kaisern an ihrer Spitze. Die Großgrundbesitzer mit ihren Anhängern bildeten immer einen Staat im Staate. Den Interessen des Volkes und den wahren nationalen Interessen standen sie stets feindselig gegenüber. Bornier und rückständig wie kaum eine andere reaktionäre Klasse in einem anderen Lande, waren sie mit zahlreichen Vorrechten ausgestattet. Sie stellten dem Staat die führenden Beamten, dem Militarismus die Offiziere und Generale. Diese Dreieinigkeit des reaktionären Großgrundbesitzes, der reaktionären Staatsbürokratie und des reaktionären Militarismus ist dem deutschen Volk immer wieder zum Verhängnis geworden! Nie kam es in der Vergangenheit zu einer wirklich demokratischen Erneuerung, weil diese dunkle Macht bisher niemals gebrochen wurde.

Ja der Diktator

Was der deutschen Bauernschaft in jahrhundertelangen Kämpfen nicht gelang — die Rückgewinnung der vor Jahrhunderten erfolgten Enteignung der deutschen Bauern durch Fürsten, Barone, Grafen und Junker — was auch die Weimarer Republik ihnen nicht brachte, ist jetzt in einem Teile Deutschlands, in der Ditzonge, zur Wirklichkeit geworden.

Den feudalen-junkerlichen Großgrundbesitzern wurde der Boden, den sie damals den freien Bauern geraubt hatten, abgenommen und den Bauern zurückgegeben. Ein jahrhundertelanges Unrecht an der bäuerlichen Bevölkerung ist damit beseitigt und die reaktionäre Vorherrschaft der Junker und Feudalherren im Dorf gebrochen worden. Der Bauer ist ein freier Herr auf eigener Scholle geworden.

Was hat man nicht im kaiserlichen Deutschland, in der Weimarer Republik, gar unter Hitler und noch heute den Bauern über die bösen Kommunisten, die „Koten“, erzählt! Man sagte, daß die Kommunisten den Bauern das Land wegnehmen und aus Mitleid diese in landlose Proletarier verwandeln wollten. Vor keiner Verleumdung schreckte man zurück.

Jetzt können die Bauern des Ostens selbst urteilen: niemals in der Geschichte Deutschlands wurde eine so große Zahl bäuerlicher Existenzen geschaffen wie in dem hinter uns liegenden Jahre. 350.000 Bauern, mit ihren Familienangehörigen mehr als anderthalb Millionen Menschen, erhielten urkundlich verbrieften Besitz an Grund und Boden. Der gesamte feudalerliche Großgrundbesitz über 100 ha und der gesamte Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler, der Razziführer und Altisisten ist enteignet und einem Bodenfonds zugewiesen worden, aus dem den landarmen und landlosen Bauern, Landarbeitern, kleinen Pächtern und Umkleibern Grundbesitz zugewiesen worden ist. Hierdurch sind unzählige wirtschaftsfähige selbständige Bauernwirtschaften geschaffen worden mit 5 bis 10 ha Land, je nach der Qualität des Bodens.

Und im Westen?

Man entgegnet uns, was im Osten vielleicht möglich und gut gewesen sei, gelte nicht für den Westen, soweit bei uns in Württemberg der Großgrundbesitz bestünde, sei er höchstens ein kleiner „Schonheitsfehler“, dem keine Bedeutung beizumessen. Man sagt, im Westen könne man keine Bodenreform durchführen, höchstens einige kleine retroaktive Korrekturen.

Halten wir uns demgegenüber lediglich an die Tatsachen, sehen wir uns in ihrem Lichte die „Argumente“ der Verteidiger des Großgrundbesitzes an. Wir brauchen nur die Güterverhältnisse durchzusehen, um zu erfahren, daß es in Württemberg 47 Adelsfamilien mit über 500 ha Bodenbesitz und dabei durchschnittlich 400 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche gibt.

Insgesamt besitzen diese 47 Adelsfamilien 121.322 ha,

Der Christ und die Politik

Fragen und Antworten von N. Kabo

Die Politik ist nichts Spezifisch Christliches. Diese Erkenntnis ist uns geläufig und wird nicht leicht widerprochen werden. Es hat vor Christi Geburt schon Politik gegeben.

Viele Christen und Nichtchristen geben aber weiter und behaupten: Politik sei etwas Unchristliches. An dieser Behauptung legen wir an.

Manche verstehen sie allgemeiner. Sie glauben aus dem politischen Spiel der vergangenen Zeit und aller Zeiten den Schluß ziehen zu müssen, Politik sei schlecht, unchristlich, unmoralisch. Wer Politik treibe, befinde sich.

Andere weisen darauf hin, daß Jesus es abgelehnt habe, eine politische Rolle zu spielen, daß die Forderungen der Bergpredigt sich mit den politischen Grundfragen nicht vertrügen, daß der Christ keinen Gebrauch von der Macht machen dürfe.

Hier sind zweifellos schwere und schwerste Fragen angeschnitten, die sich nicht in einem Zeitungsaufsatz lösen lassen. Wir antworten in der vollen kritischen Einschränkung: sofern die politische Tätigkeit sich mit einem wachen und gültigen Gewissen nicht verträgt, ist sie unchristlich und unerlaubt. Jesus hat in dem Sinne keine Politik getrieben, als er sich nicht zum König machen ließ und keinen Krieg und keine Revolution wollte. Die Lehre Jesu verwerft zweifellos eine isolierte, äußerlich politische Gerechtigkeit, aber nicht die ökonomische Ordnung und Gerechtigkeit überhaupt: den falschen Gebrauch der Macht, aber nicht die Macht überhaupt.

Hier sind wir schon am Kern der Überlegung: man meinte einmal, die Macht an sich sei böse. Die Meinung ist unhaltbar. Gott ist mächtig und er hat Macht und Gewalt in der Schöpfung mitgeschaffen. Er will die Ordnung seiner Ordnungen.

genug, um über 12.000 mürttembergischen bäuerlichen Pächtern Landbesitz zu geben! Ein Schönheitsfehler das, eine Lappalie! Man rechne dazu die Großbesitzer mit einem Boden zwischen 100 bis 500 ha.

Die Bodenreform ist auch in Württemberg zu einer unaufföhrbaren Notwendigkeit geworden. In einer Zeit, in der unter demselben Volk unter den Folgen des unheilvollen Krieges leidet, in der man nicht weiß, wie man die Kriegswitwen, Waisen und Kriegserkrankten am Leben erhalten soll, wäre es ein bitteres Unrecht, wollte man den Baronen und Baronessen noch weiterhin ein müdeloses Einkommen aus dem Schwitz ihrer Pächter sichern.

Nicht die Herabsetzung der allzu hohen Pachtlohn nicht zur Diskulion, was nottut ist die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und die Vermählung der Pächter in freie Bauern mit eigenem, urkundlich verbrieftem Besitz. Wenn die Abhängigkeit des Bauern gegenüber seinem privaten „Herrn“ fällt, wird er ökonomisch und politisch frei in seinen Entschönungen und kann endlich an den Aufbau eigenen Wohlstandes denken

Keine widersprechenden Interessen

Der landwirtschaftlich genützte Boden ist zunächst die einzige Quelle unserer Ernährungswirtschaft. Arbeiter und Bauern haben keine widersprechenden Interessen, beide verdienen ihr Brot im Schwitz ihrer Stirne und haben nur das eine Ziel: in freier und menschenwürdigen Bedingungen von der Arbeit ihrer Hände zu leben. Arbeiter und Bauern haben alles zu gewinnen in einem Bündnis gegen die dunklen und volksfeindlichen Kräfte der Vergangenheit. Bauern und Arbeiter sind stark, wenn sie gerint sind, sie sind eine Beute der Parasiten, wenn sie getrennt sind. Die Arbeiter und die kommunistische Partei als konsequenter Vertreter und Verteidiger der Interessen aller Schaffenden reichen ihren Brüdern der Arbeit, den Bauern, die Hand zum Bündel!

Das neue Betriebsrätegesetz hat den Betriebsräten und den Gewerkschaften bereits große Möglichkeiten gegeben und ihnen das Recht zugesprochen, die Produktion in den Fabriken zu überwachen und Vorrechte bezüglich der Herstellung der notwendigen Güter zu machen. Die Gewerkschaften wollen und müssen den Bauern tatbereit zur Seite stehen. Sie werden darauf bedacht sein, daß die Bauern Holz- und Kucheln, Nagel, Nägel, Werkzeuggeräte, Baumaterial für reparaturbedürftige Ställe um erhalten.

Im Interesse der Bauernschaft und des gesamten schaffenden Volkes fordert die kommunistische Partei:

1. Die Pachtzahlungen müssen gegenüber den Großgrundbesitzern, die Land verpachtet haben, eingestellt werden. Bei dem Grundbesitz, der von Klein- und Mittelbauern verpachtet wurde, müssen die Pachtpreise überprüft werden.

2. Der Apparat des Reichsnährbundes muß liquidiert und fortschrittliche Demokratien müssen mit der Rettung der Abteilung Landwirtschaft beauftragt werden.

3. Die Demokratisierung und Säuberung des Dorfes muß durchgeführt werden, damit die demokratischen Bauern und ihre Zuschüsse im Dorfe bestimmen.

4. Der Boden, den Hitler den Bauern genommen hat, muß diesen zurückgegeben werden.

5. Enteignung der Großgrundbesitzer, die mehr als 100 ha besitzen, Enteignung des Grundbesitzes der Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler, der Razziführer und Altisisten. Übernahme dieses Bodens durch die landarmen und landlosen Bauern und Landarbeiter. Unantastbarkeit des bäuerlichen Grundbesitzes bis zu einer Ausdehnung von 100 ha.

6. In der Verteilungswirtschaft muß Ordnung geschaffen werden, indem bei den Versorgungsorganen Ernährungsaussschüsse aus den Vertretern der werktätigen Bevölkerung geschaffen werden. Dann wird es auch mit der Lebensmittelversorgung besser stehen und es wird nicht mehr so viel auf den schwarzen Markt kommen.

7. Gegenseitige Hilfe von Stadt und Land. Erhöhung der Produktivität der bäuerlichen Wirtschaften, bevorzugte Berücksichtigung der bäuerlichen Bedürfnisse in der industriellen Produktion, Förderung der Privatwirtschaft der kleinen und mittleren Bauern.

8. Höchste Ausdehnung der Sozialflächen, insbesondere für Zuckerrüben, Getreide, Kartoffeln und Gemüse. Wiederaufbau der Volkswirtschaft.

9. Ausbau der Zucht- und Treibhauskultur.

10. Förderung und Einbau von Wasserkraft und Technik für die Bedürfnisse der bäuerlichen Wirtschaft. Förderung der landwirtschaftlichen Schulen, Versuchsanstalten und Forschungsinstitute.

Der Christ und die Politik

Fragen und Antworten von N. Kabo

Auch die Dessenlichkeit gehört Gott mit all Ihren Aufgaben.

Das Gebot der Nächstenliebe

Es kann zwar sein, daß der Christ eine öffentliche Verdiennis vorfindet oder vorzufinden glaubt, die sein Mittun ausschließt. Aber er darf hier keinen Kurzschnit machen und das Kind mit dem Bade ausschütten: Verdiennis und Dessenlichkeit sind auch dann noch nicht dasselbe. An der Verdiennis darf er nicht teilnehmen. An der Dessenlichkeit muß er aber teilnehmen und zwar um so dringender, je schlimmer sie dran ist.

Wir mühten mittlerweile gelernt haben, daß öffentliche Tätigkeit und öffentliches Verantwortungsbewußtsein der Kampf gegen das Böse selbst sein kann. Und wir mühten angefangen des politischen Glends und der sozialen Katastrophe unserer Tage nicht mehr darauf aufmerksam gemacht zu werden brauchen, daß öffentliche Tätigkeit heute ein Gebot der Nächstenliebe ist. Es mühte in den jetzigen Entwicklungen selbstverständlich sein, daß das christliche Gewissen nicht politisch verantwortungslos sein kann und daß es ein Verbrechen ist, sich um die in Hunger, Krankheit, Glend und Not Umkommenen nicht in der rechten Weise zu kümmern.

Wir haben das eine nicht gelernt, wir müssen auf das andere erst aufmerksam gemacht werden und das Selbstverständliche ist uns nicht selbstverständlich. Mit einer solchen Feststellung werden wir uns nicht nur als Menschen und Deutsche, sondern auch als Christen ein fürchtbares Urteil.

Der Weg muß aufgezeigt werden

Ich weiß wohl, so einfach ist die Sache nicht. Viele, ja die meisten haben guten Willen, wissen nur nicht, wie sie ihn einsetzen sollen. Manche sind zwar durch Würdigkeit und Oberflächlichkeit gleichgültig geworden, aber sie können für die Verantwortung gewonnen werden. Manche wollen durchaus tätig sein, mißtrauen aber den Parteien, halten sie für zu eng und schlecht, als daß sie etwas von ihnen erwarten könnten. Manche haben Wünsche an die CDU, die sie von der Mitarbeit abhalten. Manche glauben, daß die heutige Krise überhaupt nicht innerhalb der politischen Wirklichkeit gelöst werde.

Hier lauten die Antworten: es müssen sich mehr Männer finden, die den Gutgesinnten die Wege zeigen, Männer und Frauen, die die Sinne für die nötigen Wahrnehmungen schärfen und zur Tat bewegen. Wer den Parteien nicht hold ist, sollte gerade deshalb tätig, ja in den Parteien tätig sein. Hat er schon in allen Parteien heute große Möglichkeiten, so findet er sie in der CDU. Ist unzufrieden: die CDU ist jung und neu. Sie ist genau das, was wir aus ihr machen.

Man darf sagen: sie wird eine Art Stützenart werden, die die Situation der Christen vertritt.

Wer Wünsche an die CDU hat, kann und muß ganz zu Wort kommen. Er soll sie nur nicht für sich behalten.

Zum letzten Einwand, die heutige Krise werde nicht in der politischen Arena gelöst, sagen wir ja und nein. Wir wollen, die Arbeit, vor der wir stehen, ist ebensolcher außer der Dessenlichkeit als in ihr; sie ist die menschlich-christliche.

Arbeit auf lange Sicht

Es ist aber nicht so, als sei sie von den übrigen Aufgaben einfach abtrennbar. Viele sind Teile von ihr. Sie geht in diesen Teilen nicht auf, sie ist breiter und tiefer. Sie ist eine Arbeit auf lange Sicht. Mit 20 und 30 Jahren muß man hier rechnen, auch wenn man jeden Augenblick christlich demütigt.

Dasselbe gilt von einer Aufgabe, die man auch noch elementarer nennen muß als die enger politische: die geistige. Sie steht mit der christlichen in der Tiefe und der politischen in der Höhe in intimer Verbindung. Sie ist heute außerordentlich dankbar: die Überwindung des abendlichen Theoretisierens einerseits und die neue und fruchtbare Auseinandersetzung mit dem Marxismus als dem bisher bedeutendsten, aber doch noch wesentlich in der Antike stehenden praktischen Versuch, ihn radikal zu überwinden. Das verlangt höchste Begabungen und kann sie erfüllen.

Dennoch wird die enger politische Arbeit nicht überflüssig. Das Leben und auch das öffentliche Leben spielt in vielen Rhythmen. Die enger politische Aufgabe ist an sich, d. h. wenn alles in Ordnung ist, wirklich dringender. Aber heute ist sie vorzüglich geworden und steht als vorzügliche Aufgabe auch vor dem christlichen Gewissen.

Nämlich aus folgendem Grunde: die alte politische Ordnung hat aufgehört. Die neue ist noch nicht da. Die politische Wirklichkeit ist aber so: solange die neue politische Ordnung fehlt, ist sie als Chaos da.

Als Chaos. Dieser Hinweis genügt, um jedem, der die Möglichkeit zu nehmen, gleichgültig zu sein, er macht sich schuldig, wenn er sich nicht dran gibt, das Chaos zu beseitigen.

Wohin geht der Kurs?

Durch eine andere Erkenntnis erhält der letzte Satz aber erst sein ganzes Gewicht: Wir leben in einem Moment, in dem sich entscheidet, wohin der ganze Kurs geht. Unser politischer Zwischenzustand wartet nicht, bis wir genügend tiefe Christen sind oder bis die Früchte eines neuen geistigen Frühlings reifen. Eine politische Radikalität heute kann Folgen haben wie eine falsche Weichenstellung: es macht wenig aus, ob ich den oder jenen Weichensteller merke. Es ist keine wesentliche Arbeit oder Nichtarbeit, ob ich überhaupt eine Weiche merke oder keine merke. Aber die Folgen sind furchtbar und nicht mehr gutzumachen, wenn der Zug erst durchbraut.

Auf engerem politischem Gebiet fallen heute und morgen Entscheidungen, die mir heute und morgen noch beeinflussen können, die später nicht mehr mitzumachen sind und die unsere gesamte politische und nichtpolitische Zukunft unheilvoll verändern können. Was du hier auch sagen magst: etwas Gleichgültiges kannst du nicht mehr lazen. Wie du dich entscheidest, magst du trägt damit auch die enger politische Verantwortung. Du trägst sie auch als Christ.

Die „Tribüne der Parteien“ steht zu gleichen Teilen den in der französisch besetzten Zone Deutschlands zugelassenen Parteien zur Verfügung; persönliche Polemik soll dabei aber unterbleiben. Die Ausnennung des ihnen überlassenen Raumes steht bei den Parteien. Für die hier erscheinenden Aufsätze tragen diese, nicht die Redaktion, die Verantwortung.

Harte Zeiten verlangen harte Pilliden / Dienstbesprechung mit den Ortsvorstehern

Wie notwendig es ist, angesichts der immer größer werdenden Aufgaben sich untereinander auszuprobieren und gegenseitig Anregungen zu geben, hat auch die am letzten Mittwoch von Landrat Wagner anberaumte Dienstbesprechung wieder gezeigt. Ueber die im Vordergrund stehende Ernährungsfrage sprach Kreisamtmann Rehmanna in längerer Ausführungen und wies darauf hin, daß die zutage tretende Not vor der neuen Ernte an keiner Zone vorübergehe. Die jetzige Situation kann bis dahin aufrechterhalten werden und auch die Kartoffelversorgung ist gesichert dank der bis an die äußerste Grenze gegangenen Ablieferung durch unsere Bauern und Landwirte. Der wenn auch übermäßig starke so doch zeitlich bedingte Rückgang in der Milchlieferung kann die Fettversorgung gefährden. Es ist dringend zu wünschen, daß dieser Uebelstand bald behoben sein wird. An dem Ablieferungsplan der Eier muß festgehalten werden; mit einer Zuteilung von Zucker (außer an Kleinkinder) ist in absehbarer Zeit leider nicht zu rechnen. Von den an den größten Orten unseres Kreises eingerichteten Volkklüben werden 3000 Personen zusätzlich gespeist. Eine Sammelaktion unter den Landwirten für diese Klüben ist vorgesehen.

Der Gouverneur unseres Kreises, Herr Commandant Frérot, verweilte längere Zeit bei dieser Dienstbesprechung und sprach zuerst über die Bedeutung des Wahlrechts, das nur dem nicht eingeräumt werden soll, der es wirklich nicht verdient. Bei der Säuberungsaktion behalte er sich gegebenenfalls das letzte Wort vor. — Um das Abhandeln von Lebensmitteln auf Lastwagen abzustopfen, wird es

den Fahrern erneut strengstens verboten. Personen bei Lebensmitteltransporten mitzunehmen. Wer dabei betroffen wird, hat mit Zurückhaltung zu rechnen. — Zu dem Fehlen an Arbeitskräften äußerte sich der Gouverneur dahingehend, nicht mehr weiter zuzusehen, daß zahlreiche junge Leute ohne Beschäftigung herumlaufen, während die Alten sich abplagen. Solche Bummelanten werden darauf aufmerksam gemacht, daß ein ärztliches Zeugnis sie nicht ohne weiteres schützt und sie gut daran tun, sich unverzüglich zur Arbeit zu melden, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, an weit entfernteren Arbeitsplätzen eingesetzt zu werden. — In den Volkklüben, so betonte der Gouverneur, sei jeder, der sich jetzt nicht helfen könne, willkommen; niemand brauche sich zu schämen, hier Essen zu holen.

In der Aussprache wurde mancher Wunsch an den Gouverneur und den Landrat herangetragen, worauf immer verständnisvoll eingegangen wurde, so z. B. bezüglich der großen Wildschweinplage an manchen Orten. Kritik wurde auch geübt an dem krassem Preisunterschied zwischen landwirtschaftlichen Produkten und anderen — man vergleiche Milch- und Bier- oder Mineralwasserpreis. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung des alle Kreise berüh-

renden Ernährungsproblems waren zu dieser Tagung auch die Kreisvorsitzenden der drei politischen Parteien eingeladen. Herr Ballmann brachte zum Ausdruck, daß die Parteien nach Mittel und Wegen suchen, um über die schwierige Zeit hinwegzukommen und daß auch mit entsprechenden Vorschlägen an die Militärregierung herangetreten worden sei. Zu erwähnen ist hier noch, daß die Konstituierung eines erweiterten Ernährungsbeirates vorgesehen ist. Landw.-Rat Harr ging kurz auf die dringendsten landwirtschaftlichen Belange, insbesondere Erzeugungsfragen, ein, und wies dabei auch auf die Wichtigkeit einer nochmaligen Spritzung der Kartoffelfelder hin. Die Besprechungen des Vormittags beschloß Kreisamtmann Rehmanna mit der Feststellung, daß der Kreis Calw seine Pflicht hundertprozentig erfüllt, trotz der klimatisch ungünstigen Verhältnisse. Sein besonderer Dank galt auch dem Herrn Gouverneur, der für unseren Kreis sorgt, soweit ihm dies seine Machtbefugnisse immer nur möglich machen.

In den Nachmittagsstunden sprach Reg.-Inspr. Bönninger über die Vorbereitung der Gemeinderatswahlen und Kreis-Oberinspektor Wild über das Recht des unehelichen Kindes. Nach der Erörterung weiterer interner Verwaltungsangelegenheiten schloß der Landrat die umfangreiche Arbeitstagung. Kl.

Blick in die Kreisgemeinden

In Calw ereignete sich Freitag früh kurz vor der Einmündung der Badstraße in die Marktstraße ein bedauerlicher Verkehrsunfall. Eine zehnjährige Schülerin aus Bad Teinach, welche mit dem Fahrrad stadteinwärts fuhr, stürzte an der engen, unübersichtlichen Straßenstelle, durch einen plötzlich um die Ecke biegenden Lastkraftwagen erschreckt und unsicher geworden, so unglücklich, daß sie unter ein Hinterrad des Wagens geriet und an Brust und Schulter schwer verletzt wurde.

In Böblingen brannte bekanntlich am Heil. Abend die Kirche ab. Als Notkirche leistete der Schulsaal gute Dienste, erweist sich aber als sehr unzulänglich. Um nun mit dem Wiederaufbau bald beginnen zu können, fand eine Sammlung statt, die ein sehr schönes Ergebnis zeitigte. Von nah und fern gingen Spenden ein.

In Oberjettingen starb vor kurzem der weit über die Grenzen des Ortes, ja Deutschlands hinaus bekannte Homöopath Ernst Giraud. — Im Monat Juli haben wir wieder eine Reihe Altersjubilare: Es begingen bzw. begehen am 9. seinen 83. Geburtstag Simon Ranz, Sim. Sohn, Landwirt, am 16. seinen 84. Friedrich Dengler alt, Landwirt und Schafhalter, am 17. ihren 86. Friederike Böß, Alt-Traubenwirtin, am 20. ihren 83. Martha Heeg aus Unterjettingen.

In Rotfelden ist Frau Grau zur letzten Ruhe beigesetzt worden. Als Missionarstrau war sie verschiedentlich an der Goldküste und in der Südspitze verwendet, wo sie im Jahre 1927 ihren Mann verloren hat, der mit seinem Boot in einen Sturm geraten und von dieser Fahrt nicht wiedergekehrt ist. Frau Grau war die Mutter von Frau Leitner, deren Mann hier als Pfarrer tätig war und nunmehr seit 1943 im Osten vermisst ist.

Unfälle in Neuenbürg In den frühen Vormittagsstunden des 17. Juli wurden der 44 Jahre alte Fabrikant Eugen Lötterle aus Waldremsbach und dessen vor kurzem aus Gefangenschaft zurückgekehrter Sohn Heinz am engen Straßendurchgang bei der „Traube“ von einem Kraftwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Vater und Sohn erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Sie mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Während der Vater wieder entlassen werden konnte, liegt der Sohn mit einem doppelten Schädelbruch darnieder. — Eine Stunde vorher stürzte an der fast gleichen Stelle ein hier wohnhafter älterer Mann infolge eines Schlaganfalls vom Bürgersteig auf die Straße. Unglückseligerweise fiel er mit dem Kopf an den Rand des Straßenkanals und zog sich hierbei erhebliche Kopfverletzungen zu.

Nachrichten aus Nagold Die Kleintierzüchter trafen zusammen.

um den Kleintierzüchterverein wiederzugründen. Die neuen Statuten wurden genehmigt und die Vorstandswahl gewählt. Als Vorstand wurde Otto Heinrich, Maler, berufen, Seia Stellvertreter und 2. Vorsitzender ist Fritz Stottele, Kassier ist Wilhelm Hammann und Schriftführer Albert Schötle. Zuchtbuchführer ist Oberleutnant der Gendarmarie Anton Kurz. Dem Ausschuß gehört noch Fritz Stöhr an. Die Versammlung befaßte sich mit allgemeinem Züchterfragen und ist bestrebt, die Kleintierzucht in jeder Hinsicht weiterzuführen. — Eingebrochen wurde in die Tuchfabrik Kapp und dabei wertvolles Tuch gestohlen. Kleintierdiebstähle sind an der Tagesordnung. Die Besitzer sollten es nicht an der nötigen Vorsicht fehlen lassen.

Notariate wieder in Tätigkeit Nach Anerkennung und Vereidigung durch die Militärregierung haben nachstehende Notare ihre Tätigkeit wieder aufgenommen: Bezirksnotar Grathwohl in Calw, der außer dem Bezirksnotariat Calw auch dasjenige von Bad Liebenzell betreut, Bezirksnotar Maulbetsch in Bad Teinach, der neben Teinach auch das Bezirksnotariat Stammheim versteht, Bezirksnotar Negele in Nagold.

»Die bunte Rakete« in Calw

In drei Vorstellungen in der Turnhalle spielten deutsche Kriegsgefangene vom Lager Mühlau-Tuttlingen zugunsten ihrer Kameraden. Humor, Musik und Frohsinn zu vermitteln wurde nicht nur versprochen, sondern auch hundertprozentig erfüllt. „Die bunte Rakete“ wird ihrem Namen in allen Nuancen gerecht; passional reichte sich Spielfolge an Spielfolge, von den Darbietenden immer quicklebendiger auf die Bühne gestellt und die Besucher in eine selten fröhliche Stimmung versetzend. Ein Dutzend Männer sind es, die diese Rakete „abschießen“, Namen zu nennen erübrigt sich, weil ein jeder von ihnen sein Bestes zum Gelingen gibt. Und dennoch muß die Kapelle, die fast über alle Musikinstrumente verfügt und dazu noch einen ganz beachtlichen Tenor aufzuweisen hat, zuerst genannt werden. Ein harmonisch festgelegter Klangkörper wartete mit Musik auf, die man sich nach des Tages Arbeit gerne in die Ohren klingen läßt, weil sie entspannt. Was sonst noch geboten wurde? Nun, das ist einmal der Ansager, in Wort und Mimik „fortgeschritten“, zu erwähnen, weiter die gelungene Moserparodie, ein eizogliches Zwischenpiel, benannt „Das Butterhühnchen“, das tanzende Zebra, die Schlangenbeschwörer, die drei lustigen Gezeiten und nicht zuletzt die kleptomanelehaltete Nachtwandlerin. Mit viel und herzlichem Beifall wurde für die Darbietungen gedankt, was wiederum

dessen Amtsbereich die Bezirksnotariate Nagold und Hattenbach umfaßt, und Bezirksnotar Zürn in Altensteig, zu dessen Amtsbereich Altensteig und Wildberg gehören. Bezirksnotar Neef in Wildberg tritt am 1. 8. 1946 aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand

Tübingen — Nagold

Neben der privaten Autobusverbindung Nagold — Tübingen besteht auch eine Kraftpost-Linie Tübingen—Nagold und zurück. Dieselbe führt über Rottenburg, während der private Autobus über Reusten führt. Die Kraftpostlinie dient, was eigens betont sei, der Postverbindung. Reisende werden im Rahmen des Möglichen befördert. Zur Zeit besteht folgender Fahrplan: Tübingen (Postamt beim Bahnhof) ab 7.00, Rottenburg ab 7.30, Nagold an 8.45 Uhr, Nagold ab 9.30, Rottenburg ab 10.45, Tübingen an 11.15 Uhr. Dieser Kurs geht nur werktags. Werktags außer an Samstagen geht außerdem folgender Kurs: Tübingen ab 19.00, Nagold an 20.30, Nagold ab 21.00, Rottenburg ab 22.30, Tübingen an 23.00 Uhr. Nur Samstags besteht folgende Verbindung: Tübingen ab 15.30, Rottenburg ab 15.55, Nagold an 17.00 Uhr, Nagold ab 17.15, Rottenburg ab 18.20, Tübingen an 18.45 Uhr.

Wichtige Steuertermine

Die Erklärungen für die Einkommensteuer, Gewinnfeststellung, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1945 sind in der Zeit vom 15. bis 31. Juli 1946 bei den Finanzämtern abzugeben. Die amtlichen Vordrucke dazu sind bei diesen Ämtern erhältlich. — Wichtig für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist die Einreichung eines Lohnzettels bzw. Lohnsteuerbescheinigung. Die näheren Erklärungen bitten wir den beiden Bekanntmachungen der Finanzämter Hirsau und Neuenbürg im nächsten „Nachrichtenblatt“ zu entnehmen.

Kartoffelkäfer-Abwehrzentrale

Das Landwirtschaftsamt Nagold ist das Zentrum der Kartoffelkäfer-Abwehr für nicht weniger als neun Kreise der südfranzösischen Zone: Calw, Horb, Freudenstadt, Hechingen, Balingen, Tübingen, Reutlingen, Rotweil und Tuttlingen. — Da der Kartoffelkäfer in vielen Gemeinden heuer nicht in dem Maße auftritt wie in den vergangenen Jahren, wird dem Suchdienst nicht mehr die Bedeutung geschenkt, die ihm zukommt. Und doch ist die Kartoffelkäfergefahr außerordentlich groß. Nach wie vor muß jedes Grundstück, das mit Kartoffeln bepflanzt ist, intensiv abgesucht werden. Einzelne Gemeinden weisen starken Befall auf. Kartoffelkäfer-Tod oder Hungernot!

von der treiflichen und unermüdet spielenden Kapelle mit Einlagen quitiert wurde. Alles in allem: es war eine Veranstaltung, deren Zweck nach allen Seiten erfüllt wurde. Kl.

»Das Konzert« in Wildbad

In dem Lustspiel von Hermann Bahr, aufgeführt von Mitgliedern der „Freien Bühne Württemberg“ (Dir. Peer-Ull Færber) im Kursaal, handelt es sich um „Liebe“ und Liebe, ununterbrochen 3 Akte lang. Zwei Allen kommen ins Schwanken, diejenige des von allen seinen Schülern ungeschwärmten Musiklehrers Heink und diejenige des Dr. Franz Jura, dessen Frau Delina ebenfalls zu Heinks Schülern zählt; daß beide Ehebündnisse schließlich nicht zerfallen, liegt erstens an der wirklichen Größe, d. h. Mütterlichkeit der Liebe von Frau Heink und zweitens an der philosophischen Einstellung des Dr. Jura, der aber nicht etwa „juristisch“, sondern klog und abgeklärt vorgeht. Wir vernahmen mancherlei weise Gedanken, abstrakten und konkreten Inhalts. Die Darsteller gaben ihr Bestes und schufen damit zwei unterhaltende Stunden. Der Beifall am Schluß hätte stärker sein dürfen; war etwa das Lustspiel zu philosophisch für Wildbad?

Am Nachmittag wurde von derselben Gruppe im Kursaal das Märchenstück „Die Zauber-suppe“, frei nach Wilh. Hauffs Märchen „Zwerg-nase“, aufgeführt. Die Zuhörer, zu 99 Prozent Kinder, waren selbstverständlich begeistert. O. K.

Wie sind die Honig-Aussichten?

Bienenhonig ist sehr begehrt, zumal Zucker mehr als rar ist. Leider sind die Honigaussichten, wie uns der Kreisvorstand der Bienenzüchter mitteilte, leider nicht rosig. Da die Imker letzten Herbst keinen Zucker zuteilte erhielten, mußte Honig eingeführt werden. Wir hatten 1945 über 12 000 Völker im Kreis, heute sind lediglich 3800 gemeldet, die übrigen sind infolge der Futternappheit in unserem Kreise eingegangen. Viele Völker sind auch dadurch zugrunde gegangen, daß die Stände geraubt wurden. Die Räubereien haben noch nicht aufgehört.

In diesem Frühjahr, wenigstens von Mitte April bis Ende Mai, war das Wetter für die Entwicklung der Bienen günstig. Manche Völker konnten einen ordentlichen Futternapf anlegen. Die Aussichten für eine gute Honigernte waren aber nur solange gut, als das schöne Wetter anhielt. Die Erwartung, daß ein Ueberschuß an Honig an Zivilverbraucher, Krankenhäuser usw. abgegeben werden könnte, ist aber enttäuscht worden. Das schlechte Wetter machte einen Strich durch die Rechnung. Das Regenwetter hat zwar die Schwarmlust einfach, aber ein Vermehren der Bestände kommt nicht in Frage, weil der Zucker zur Ein- und Auffütterung fehlt. Da mit einer Zuckerzuteilung an die Imker im Herbst voraussichtlich nicht zu rechnen ist, und ein größerer Teil dessen, was in den Ständen vorhanden war, bereits aufgezehrt wurde, sind die Imker genötigt, den Honig in erster Linie für die Winterfütterung der Völker zurückzubehalten. Aus diesem Grunde wurde und wird auch voraussichtlich diesmal von einer Ablieferungspflicht abgesehen.

Nun begann in den letzten Tagen vor Eintritt des schlechten Wetters der Wald zu honigen. Waldhonig ist aber zur Einfütterung ungeeignet, weil die Bienen vom Waldhonig die Ruhr bekommen und eingehen. Zur Einfütterung muß nur reiner Bienenhonig verwendet werden. Wenn der Wald nach Besserung der Wetterlage seine Honigquelle wieder öffnen würde, dann wäre eventuell doch noch die Möglichkeit vorhanden, daß die Hoffnung der Imker einigermaßen wenigstens erfüllt würde.

Schwann, 9. Juli 1946. Allzu früh, noch zur kurzen, schweren Leidenszeit, holte Gott seinen innigstgeliebten Gatten, unseren lieben, treubestirnten Vater, Sohn, Bruder, Schwiegervater und Onkel Hermann Schwarz am Freitag, den 5. Juli, im Alter von 50 1/2 Jahren zu sich in die ewige Heimat. In tiefem Leid: Die Gattin: Ida Schwarz, geb. Wolfinger, die Töchter: Elfriede mit Bräutigam, Irene mit Bräutigam, die 82jährige Mutter und alle Angehörigen. Am Sonntag, 7. Juli, haben wir unseren lieben Entschlenen zur letzten Ruhe gebetet. Für die überaus große Liebe und Teilnahme, für all die schönen Blumenpenden, für den erhebenden Gesang des Vereins und all denen, die ihn auf seinem letzten Gang begleitet haben, sagen wir auf diesem Wege von Herzen innigen Dank. Die trauernd. Hinterbliebenen.

Bad Teinach, 11. Juli 1946. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, mein liebes, gutes Mutterle, unsere unvergessliche Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte Marta Simon im Alter von 26 Jahren nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenen Leiden in die ewige Heimat abzurufen. Für alle Beweise der Liebe während ihrer Krankheit und beim Hinscheiden unserer Lieben danken wir herzlich. Besonders für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, für die liebevolle Pflege der Schwester Margarete, dem Kirchenchor, für die reichen Kranz- und Blumenpenden und für die Begleitung zur letzten Ruhestätte. In unserem Schmerz: Familie Karl Simon und alle Angehörigen.

Calmbach, 10. Juli 1946. Unser lieber, kleiner Sonnenschein Gertrude ist nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 2 1/2 Jahren von uns gegangen. Wir haben sie am 30. 6. 1946 zu Grabe getragen. Für die vielseitige herzliche Teilnahme an unserem großen Schmerz und die zahlreichen Blumenpenden sagen wir auf diesem Wege herzlichsten Dank. Fritz Barth (Würrbachtal) und Frau Johanna, geb. Harter, Schwesterin Hannelore.

Rohrdorf b. Nagold, 8. 7. 46. Immer noch auf ein baldiges Wiedersehen hoffend, erhielten wir erst jetzt durch einen Kameraden die überaus schmerzliche, unfaßbare Nachricht, daß mein hergegeliebter Mann, unser treueropfernder, lieber Vater, Bruder, Schwager u. Onkel Jakob Schill am 28. Oktober 1945 im Alter von nahezu 45 Jahren in einem Kriegesfeldlazarett gestorben ist. Sein einziger Wunsch, die Heimat und seine Lieben wiederzusehen, sank mit ihm ins allzufrühe Soldatengrab. In tiefem Leid: Die Gattin: Rösle Schill, geb. Glatz, mit Kindern Loni und Walter, sowie alle Angehörigen. — Trauerpottesdienst: Sonntag, 6. 21. Juli 1946, nachmittags 2 Uhr, in Rohrdorf.

Aerztzettel Dr. G. Huwald Augenarzt Pforzheim, Kaiser-Wilhelmstr. 1, hat seine Praxis wieder aufgenommen.

Geschäftliches Uebersetzungen, engl., franz., ital., auch solche technisch. Art und schwierigen Grades, eried. postwend. Herrn Ernst, (14b) Hirsau.

Brausefedern sind jetzt da, So Cito fein und Rustica. Nach aber müßt ihr sparsam sein Mit Rustica und Cito fein. Brause & Co., Isertohn, Schreibfedelfabrik.

Elegante Unterwäsche für Damen und Herren stellen wir aus Ihrem Garnen aller Art und Trikotstoffen her. Hermann König, Trikotagenfabrik, (14b) Reutlingen-Engingen, Annahmestelle Friedr. Großmann, Textilwaren, Wildbad, Wilhelmstraße 30.

Stellengesuche Kraftfahrer, versch. mit langjähriger Fahrpraxis, sucht Stelle, mögl. mit Wohnung. Angebote unter C 733 an S. T. Calw.

Stellenangebote Wir beabsichtigen Teilbetriebe in den Gemeinden Schwann, Langenbrand und Anburg einzurichten. Arbeitswillige, auch Halbtagskräfte, aus diesen Gemeinden und den angrenzenden Orten wollen sich bei den Herren Bürgermeistern obiger Gemeinden melden. Alfred Gauthier, G. m. b. H., in Calmbach.

Fortschrittlich geleitete Bijout-Fabrik sucht weitere Goldschmiede (auch zugel. Heimarbeiter) auf Silberfuß und montierte Stücke. Angebote unter C 727 an Schw. Tagblatt Calw erbeten.

Goldschmiede, Polisseusen- und Emailleusen-Lehrmädchen zur gründlichen Ausbildung gesucht. Ebenfalls eine Polisseuse, welche vergolden und versilbern kann, und eine Emailleuse, welche Sinn für schöne Farbenlehre hat. Emil Herion, Schmuckw.-Fabrik, Hirsau, direkt b. Bahnh.

Goldschmiede (auch zugelassene Heimarbeiter) auf Silberfuß und montierte Stücke von Bijouteriefabrik gesucht. Angebote unter C 728 an Schw. Tagbl. Calw erbeten.

Tüchtige Uhrmacher oder Remonteurs, die auf Reparaturen arbeiten können, werden angenommen. Ernst Wagner, OHG, Uhrenfabrik, Bad Liebenzell.

Polisseusen auf Silberchmuck und Gold ges. Angebote unter C 729 an Schw. Tagblatt Calw erbeten.

Frauen und Mädchen sowie jugendliche Arbeitskräfte zum Anlernen in Spinnerei u. Weberei zu sofortigem Eintritt gesucht. Verkäuflich. Heim-Unterkunft sowie Zuzugsgenehmigung, auch für Flüchtlinge, gewährleistet. Buntweberei Sulz, G. m. b. H., Sulz/Neckar.

Pferdeknecht, ehrlich, fleißig, gesucht auf Hof Nähe Fluorn bei Oberndorf. Näheres Metzgerei Betsch, Walddorf, Kreis Calw.

Hausgehilfin vom Lande zu Anhilfe für etwa 3 Monate gesucht. Friedrich Schländner, Unterretzenbach. Jüngeres, ehrliches Mädchen für die Haushalt auf sofort gesucht. Wilh. Wacker, Bäckerin, Pforzheim-Arlinger, Heubergstraße 1.

Kaufgesuche PKW, fahrbereit, gut erhalten, zu mieten oder zu kaufen gesucht. A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw. Nationalregistrierkasse, mit oder ohne Spartenabteilung, dringend zu kaufen gesucht. Evtl. Wertausgleich. Hotel Schwarzwaldrand, Birkenfeld, Kreis Calw.

Motorrad, bis 200 cm, dringend gesucht. Was wird verlangt? Angebote unter C 731 an Schw. Tagblatt Calw.

Kleiderschrank od. klein Waschschrank zu kaufen gesucht. Angeb. u. C 723 an S. T. Calw.

Leica, 1,2, in tadellosem Zustand, bis 1/1000, zu kaufen oder gegen hochwertiges und Nützlicheres zu tauschen gesucht. Angebote unt. C 714 an Schw. Tagbl. Calw.

Tausch / Geboten DKW, Chassis 600, Opel P 4 Motor u. Mot.-Ersatz, Ford BB Ersatz, 3 To., 2-Rad-Anhang m. Motorradbereifg., 26/225; 4-Rad-Anhng. Chassis m. Felgen, ca. 40 Ztr. Tragkr., f. Bauerwagen, geeignet, gesucht Holzgasmaschine (fahrbar), neuwertig, Wipfler, Herrenzell, Dohlerstraße 35, Tel. 206.

Auto-Fahrzeuge oder sonst Nützliches: ges. Holzgasmaschine, fahrbar, neuwertig, Wipfler, Herrenzell, Dohlerstr. 35, Tel. 206. Buchdruckmaschinen, 2 Schnellpressen, Johannsbürg, innere Rahmenweite 52x72 cm und 67,5x112,5 cm., große Postenpresse, innere Rahmenweite 22 auf 31,5 cm., Glockner-Anlage-Apparat f. Vektor-Tiegel, inn. Rahmenweite 31,5x43 cm., gesucht geschlossenen Lieferwag., Opel, DKW 6. d. und Autoren/len der Größen 40x19, 4,50x17, 5,00 auf 16 od. Uebergrößen. Angebote unter C 735 an S. T. Calw. Suche Wstr.-Radio, 3-4 R., gegen Gleichstr.-Radio, 4 R.; El. Heizplatte od. el. Kocher, 220 V., g. Kleinmotor, 220 V., 1400 U., 0,12 Amp., Glt., od. Nudelspindel-Masch., Kleinkrafttrad, 90 cm. Tausch u. Ueberreink Auskunft erteilt Buchdr. Eisele, Wildbad.

Spangenschuhe (Leder), neuwertig, hellbraun mit halb, Absatz, Gr. 39; ges. gleichw. m. nied. Absatz, gleich weiße Farbe. Zu ertrag. bei Frau Emilie Knöllner, Höfen s. d. Enz, Alte Straße 38.

Kochplatte, neu, 220 V., 750 W., gesucht Umstandskleid, Gr. 44, gegen Aufzahlung, Angebote u. C 736 an S. T. Calw. Sofa, groß, neuwertig, gesucht Damensahndrad in tadellosem Zustand, Weiß, Ebbausen.

Verschiedenes Verloren am 8. 6. 1946 Herren-Joppe von Totalliegergesch. von einigem gut. Anzug auf d. Weg von Calmbach nach Würzbach, vermutlich zu Waldraud u. den beid. Würzbach, Mühlen. Geg. h. Bel. abz. bei Frau H. Burkhardt, Würzbach, o. Rath. Waldremsbach.

Verloren am 8. 7. im Omnibus Neuenbürg-Tübingen zw. Neuenbürg u. Calw schwarz. H.-Goldbeutel m. Inhalt. Der Finder u. gegen gute Belohn. um Mittel. gebeten an Ferd. Staub, Neuenbürg/Württhg., Hintere Schlossstraße 26 (Windhof).

Mann (Metzger), alt., alleinsteh., fliegergeschäd., sucht Beschäftigung und Heim. Angebote unt. C 1152 an S. T. Neuenbürg. Eine neuwertige Stiehmang zu verkaufen, evtl. Tausch Angeb. u. C 1150 an S. T. Neuenbürg. Hofhund, einen wachsamem, verk. Johs. Schwämme, Röttenbach.

Wohnungsmarkt 3-Zimmer-Wohnung mit Küche, Zubehör und Gartenanteil, geg. gleichwert. oder 2-Zim.-Wohnung zu tauschen oder zu mieten ges. Einf.-Haus bevorz. Ang. u. Postfach 10 Schömburg, Krs. Calw. 2-Zimmer-Wohnung in Calw an älteres Ehepaar auf 1. 8. 1946 zu vermieten. Angebote unt. C 725 an Schw. Tagblatt Calw. Zimmer, kleines, möbl., in Calw an Herrn sofort zu vermieten. Angeb. u. C 726 an S. T. Calw.